Das Offene-Brief-Duo der „Initiative Pandemieaufarbeitung“

Offene, kritische und konstruktive „Nachbesprechung“

Über 600 Forschende aus diversen Fachgebieten, davon 40 aus dem Bereich Gesundheitsforschung, haben einen zweiteiligen Offenen Brief (1, 2) mitunterschrieben, den die kürzlich gegründete „Initiative Pandemieaufarbeitung“ (3) verfasst hat. Diese Initiative geht auf den Astrophysiker Prof. Dr. Bernhard Müller von der Monash University (Australien) zurück, der sich der Autorengruppe um Prof. Dr. Matthias Schrappe (Universität zu Köln) verbunden sieht, die sich mit dem Coronamanagement in Deutschland seit Beginn des Ausbruchs der Coronapandemie mit acht Thesenpapieren und vier Ad-hoc-Stellungnahmen (4) sowie einer multiprofessionell besetzten Kommentarreihe (5) – alle in „Monitor Versorgungsforschung“ erschienen – kritisch auseinandersetzte. Zudem veröffentlichte Müller eine vielbeachtete Streitschrift „Zur Modellierung der Coronapandemie“ (6). Während mit diesen wissenschaftlichen Arbeiten gezeigt werden sollte, dass bei Pandemien naturwissenschaftliche bzw. diagnostische Erkenntnisse zwar unverzichtbar, jedoch alleine nicht hinreichend für die erfolgreiche Bewältigung einer derartigen Krise sind, soll nun mit den Offenen Briefen zum einen die Forderung nach einer Aufarbeitung der Coronapandemie und die Einrichtung einer Enquetekommission unterstützt, zum anderen der Einstieg in einen nötigen Aufarbeitungsprozess mittels eines Priorisierungs- und Strukturierungskatalogs erleichtert werden.

>> Den Verfassenden und Mitunterzeichnenden bleibt – so steht es zu Beginn des ersten Offenen Briefs – die „bisherige Reflexion über die Pandemie zu punktuell und zu sehr vom Streben nach politischer und medialer Meinungshoheit geprägt“. Es bedürfe einer geordneten und systematischen Aufarbeitung, um „robuste Lehren für zukünftige Krisen“ zu ziehen und ähnliche Fehler zu vermeiden.

Von daher schließt sich die verfassende und mitunterzeichnende prominente Gruppe an Wissenschaftler:innen vieler Fachrichtungen den politisch – zum Beispiel seitens der FDP – bereits getroffenen Forderungen nach Einsetzung einer Kommission zur Aufarbeitung der Pandemie an, so wie es etwa in Australien bereits der Fall ist. Eine offene, kritische und konstruktive „Nachbesprechung” sei unverzichtbarer Teil eines jeden professionellen Krisenmanagements. Dabei sei neben dem objektiven Lernprozess auch die integrative Wirkung einer offenen Debatte auf die Zivilgesellschaft wesentlich. Hierzu gehöre ein sachlicher Austausch unterschiedlicher Standpunkte als zentrales Merkmal einer demokratischen Diskussions- und Lösungskultur. Dabei stellen sich die Autor:innen selbst die – wohlgemerkt ehrenamtliche und damit auch unhonorierte – Aufgabe, Themen und geeignete methodische Grundlagen für den Aufarbeitungsprozess zu identifizieren, ohne jedoch bereits Antworten zu strittigen Sachfragen vorwegzunehmen zu wollen. Sie fordern jedoch, dass eine Kommission (sollte sie je eingesetzt werden) erstens die unmittelbaren Auswirkungen der Pandemie und Kollateralschäden umfassend untersuchen und zweitens Strategien für ihre Bewältigung und zukünftige Vermeidung erarbeiten müsse. Dazu sollte im Lichte der Pandemieerfahrungen die Kommission insbesondere beleuchten:

- das Gesundheitssystem mit Blick auf die gesamte Versorgungspyramide – von der hausärztlichen Versorgung bis zur Spitzenmedizin, einschließlich der ambulanten und stationären Pflege sowie des öffentlichen Gesundheitswesens;
- das Bildungssystem von der Kita bis zur Hochschule, auch unter Berücksichtigung sozialer und psychologischer Faktoren für erfolgreiche Bildung und Entwicklung;
- soziale Spannungen und psychische Belastungen der Menschen in unserem Land und die Verschärfung sozialer Ungleichheiten;
- die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie(maßnahmen);
- Kollateralschäden für das kulturelle und soziale Leben.

Die Kommission sollte nach Meinung der Autor:innen aber auch das Pandemiemanagement kritisch überprüfen. Dabei gelte es einerseits, Rückschaufehler zu vermeiden, andererseits aber auch ex ante übersehenes Wissen und Handlungsalternativen zu benennen, die Lernfortschritte der letzten drei Jahre zu integrieren und Vergleiche mit anderen Ländern heranzuziehen. Auch Beispiele guter Krisenbewältigung auf nationaler und internationaler Ebene seien herauszuarbeiten und insbesondere zu erörtern:

- Transparenz, Evidenzbasiertheit und Effizienz von Entscheidungs- und Fehlerkorrekturprozessen;
- das Zusammenspiel von Exekutive, Legislative und Judikative sowie Wissenschaft und Medien;
- Qualität wissenschaftlicher Politikberatung (Breite der Expertise, Mechanismen der Beraterauswahl, fachliche Verlässlichkeit, Interessenkonflikte etc.);
- Organisation und Balance wissenschaftlicher Forschung, von sorgfältiger Datenerhebung und Modellierung über klinische Studien und nichtmedizinische Begleitforschung bis zu Impfmanagement und Pharmakovigilanz;
- Kommunikation von staatlichen Behörden, wissenschaftlichen Institutionen und Medien, auch im Hinblick auf eine systematische Einordnung der Belastbarkeit wissenschaftlicher Evidenz.

Um dies zu tun, braucht es nach Ansicht der Verfassenden und Mitunterzeichnenden der beiden Offenen Briefe tragfähige organisatorische und methodische Arbeitsgrundlagen:

- Die Aufarbeitung sollte möglichst entpersonalisiert und unabhängig von politischen Interessen aus einer systemischen Perspektive erfolgen.
- Bei der Auswahl der Kommissionsmitglieder und der Anhörung weiterer Sachverständiger ist eine breite Repräsentation relevanter nationaler und internationaler Expertise anzustreben.
- Fachlich fundierte Kritik am Pandemiemanagement der letzten drei Jahre muss eingebunden werden.
- Interessenkonflikte aufgrund von Beratertätigkeiten und anderer relevanter Funktionen sollten minimiert werden.
- Zur Vertrauensbildung ist ein hohes Maß an Transparenz und Öffentlichkeit des Verfahrens erforderlich.
- Erfahrungen der Menschen in unserem

Land müssen in angemessener Weise in die Arbeit der Kommission einfließen, etwa in Anlehnung an das „listening exercise" des Covid-19-Inquiry im Vereinigten Königreich.

Den Autor:innen der mit viel Herzblut und Sachverstand geschriebenen Offenen Briefe, die allesamt zur Aufarbeitung der Pandemiefolgen beitragen wollen, ist dabei natürlich völlig bewusst, dass die zentrale Frage der nötigen Pandemieaufarbeitung lauten wird: „Womit beginnen?". Darum wird im zweiten Offenen Brief eine Priorisierung und Strukturierung der infrage stehenden Themen vorgenommen. Im Vordergrund stehen:

(1) die Infragestellung des Grundgedankens der Evidenz,
(2) die Schwächung des Prinzips der Patientenorientierung und
(3) die neuerdings bevorzugte Top-down-Steuerung ohne Einbeziehung der Partner im Gesundheitswesen.

Dazu formulieren die Autor:innen konkrete Vorschläge zur Umsetzung des Aufarbeitungsprozesses, mit denen ihrer Ansicht nach die Anlaufschwierigkeit überwunden werden könnte, die in der großen Bandbreite der wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen liegt. Erstens könnten deswegen nicht alle Themenkomplexe gleichzeitig bearbeitet werden, allein schon wegen einer drohenden Überforderung der zur Verfügung stehenden Kräfte. Zweitens bestehe angesichts der Unübersichtlichkeit von sich teilweise überlappenden Gesichtspunkten die Gefahr, dass entscheidende Themen übersehen werden. Es sei daher unumgänglich, einige prioritäre Einstiegsthemen zu identifizieren und darüber hinaus weitere Themenbereiche zu einem späteren Zeitpunkt sinnvoll zu strukturieren.

Die Initiative Pandemieaufarbeitung hat sich aus diesem Grund intensiv mit möglichen Priorisierungskriterien beschäftigt. Da eine Aufarbeitung der Pandemie nur unter Einbeziehung möglichst vieler Stakeholder/Interessengruppen im Gesundheitssystem gelingen könne, biete es sich an, Themen an den Anfang zu stellen, die einerseits in der Vor-Pandemie-Ära große Bedeutung genossen und andererseits während der Pandemie erhebliche „Kursänderungen" bzw. Brüche erlebt hätten.

Ausgehend von diesen Überlegungen kristallisierten sich drei äußerst drängende Themen heraus, die vor der Pandemie – nach jeweils langer, teils jahrzehntelanger fachlicher, wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Diskussion – breite Akzeptanz im Gesundheitswesen und darüber hinaus gefunden haben:

- die zentrale Rolle wissenschaftlicher Evidenz in der Begründung und Kommunikation individueller und gesellschaftlicher Entscheidungen
- die große Rolle der Patientenautonomie als Grundstein des Handelns, die Nachteile paternalistischer (bevormundender) Strukturen und Einstellungen kompensieren konnte
- die Fortentwicklung der korporatistischen Strukturen im Gesundheitswesen im Sinne eines moderierten Governancekonzepts, das Beteiligte (Gruppen, Verbände etc.) auf allen Ebenen unter Vorgabe gesetzlicher Rahmenanforderungen einbezieht

Ebenfalls wichtige, jedoch später zu erörternde Themen, die ebenfalls einen hohen Grad an Diskontinuität zwischen Prä- und Pandemiephase aufweisen würden, sind nach Ansicht der Gruppe beispielsweise:

- Grundsätze des Risikomanagements (besonders unter dem Aspekt der Krisenbewältigung),
- Grundsätze der Risikokommunikation (Umgang mit Information und vor allem Absicherung von Information, Umgang mit Angst und Panik etc.),
- der Maßstab der Verhältnismäßigkeit als Grundlage normativer Entscheidungen im Krisenmanagement,
- die Rolle der Medien gerade unter dem Aspekt der Kommunikation von Fakten und Ansichten und
- die Rolle der Wissenschaft selbst in ihrer konstituierenden Unabhängigkeit, vor allem unter dem Blickwinkel der notwendigen Politikberatung.

Zu letztem Punkt hat übrigens Prof. Schrappe im Rahmen einer Auftaktveranstaltung im Juli 2023 mit einem Vortrag (7) und zusätzlich einem Artikel in der Zeitschrift „Cicero" (8) zum „Szientismus-Paradox" wichtige Beobachtungen und Analysen dargestellt und Anstöße zur weiteren Diskussion gegeben. Das von ihm thematisierte Paradox besteht seiner Ansicht nach darin, dass der in der Pandemie einerseits in Medien wie Politik eingezogene (und wichtige) Wissenschaftsbezug durch eine zunehmende Wissenschaftsgläubigkeit konterkariert wird. Oder noch schlimmer: Was vordergründig wie eine Stärkung zugleich von Politik und Wissenschaft scheinen mag, führt Schrappe zufolge tatsächlich zu einer beidseitigen Suboptimierung. Das führe wiederum dazu, dass von mehr Wissenschaftlichkeit und Evidenzbasierung die Politik nicht nur nicht profitieren könne, sondern sich ihre Legitimation durch schlechte Ergebnisse auch noch selbst beschädigt. Die Wissenschaft verliert Schrappes Ausführungen zufolge hingegen ihre Unabhängigkeit, verengt den Diskurs und mindert zudem ihre Produktivität.

Die von Schrappe und Müller ins Leben gerufene Vortragsreihe zum Thema „Szientismus" (9) – ein Fachbegriff, der die Wechselwirkungen zwischen Wissenschafts- und politischem System beschreibt – macht die unterschiedlichen Sicht- und Handlungsweisen deutlich: Während die Politik Werteentscheidungen und Machtverteilung auf der Agenda hat, versucht die Wissenschaft über Diskurs und Innovation zu überzeugen. Hier schwingt durchaus eine gewisse Kritik an der medial präsenten Expertokratie mit, die in allen Krisen Politik und Gesellschaft beeinflusst. So schreibt Schrappe in der Zeitschrift „Cicero" (8): „Wissenschaftler als Talkshowhelden, die Politik setzt deren Wahrheiten um, denn das Haus brennt: Corona, Klima, Hitze, Krieg. Aber wenn sich Wissenschaft und Politik vermischen, verstärken sie Wissenschaftsskepsis und schwächen die politische Legitimation." <<

von: MVF-Chefredakteur Peter Stegmaier

Literatur:

1: https://pandemieaufarbeitung.net/offener_brief_1/
2: https://pandemieaufarbeitung.net/wp-content/uploads/2023/06/pandemieaufarbeitung_zentrale_brueche.pdf
3: https://pandemieaufarbeitung.net/
4: https://www.monitor-versorgungsforschung.de/cooperations/serie-tp/
5: https://www.monitor-versorgungsforschung.de/cooperations/serie-kr/
6: https://www.monitor-versorgungsforschung.de/abstract/zur-modellierung-der-corona-pandemie-eine-streitschrift/
7: https://schrappe.com/ms2/index_htm_files/szientismus_230724_drck.pdf
8: https://www.cicero.de/innenpolitik/corona-klima-wissenschaft-szientismus-schrappe
9: https://de.wikipedia.org/wiki/Szientismus

Zitationshinweis

Stegmaier, P.: „Offene, kritische und konstruktive „Nachbesprechung", in „Monitor Versorgungsforschung" (06/23), S. 30–31. http://doi.org/10.24945/MVF.06.23.1866-0533.2558